

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 03.11.2011**

öffentlich

Ort: Stadtmuseum
"Christian Wolff Haus"
Große Märkerstraße 10
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 19:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Hanna Haupt	Ausschussvorsitzende, SPD
Herr Andreas Schachtschneider	CDU (ab 16.30 Uhr)
Frau Heike Wießner	CDU
Frau Katja Raab	FDP
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE. (ab 16.10 Uhr)
Herr René Trömel	DIE LINKE.
Herr Klaus Hopfgarten	SPD (ab 17.00 Uhr)
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Sabine Wolff	MitBÜRGER für Halle-Neues Forum

Frau Helga Schubert	stimm. Mitglied; Freier Träger
Frau Sylvia Plättner	stellv. stimm. Mitglied; Freier Träger
Frau Kerstin Masur	stimm. Mitglied; Freier Träger (bis 19.00 Uhr)
Herr Leonhard Dölle	stimm. Mitglied; Freier Träger
Herr Uwe Kramer	stimm. Mitglied; Freier Träger
Frau Beate Gellert	stimm. Mitglied; Freier Träger

Herr Tobias Kogge	Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung)
-------------------	---

Frau Katharina Brederlow	Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Amt für Kinder, Jugend und Familie)
--------------------------	---

Frau Petra Schneutzer	Beratendes Mitglied (Migrationsbeauftragte)
Herr Mirko Petrick	Beratendes Mitglied (Kinder- und Jugendbeauftragter)
Frau Anja Pohl	Beratendes Mitglied (Stadtelternbeirat)
Frau Ilona Hackel	Beratendes Mitglied (Arbeitsagentur)
Herr Rene Moses	Beratendes Mitglied (Humanistischer Regionalverband, Bürgerhaus alternativE)

Frau Renate Leonhard	Beratendes Mitglied (Katholisches Propsteipfarramt)
Herr Dr. Hendrik Kluge	Beratendes Mitglied (Kirchenkreis Halle-Saalkreis)
Herr Privorozkaja, Tatjana	Beratendes Mitglied, Jüdische Gemeinde

Frau Kaupke, Uta	Protokollführerin
Frau Fritzsche, A.	Verwaltung (Sozialplanerin)
Frau Schöps, Dagmar	Verwaltung (Ressortleiterin)
Frau Heder, Gabriele	Verwaltung (Ressortleiterin)
Frau Brink, Heike	Verwaltung (Ressortleiterin)
Herr Wilhelm, Andreas	Verwaltung (Ressortleiter)
Herr Deckert, Christian	Verwaltung (Jugendhilfeplaner)

Entschuldigt fehlten:

Frau Ute Haupt	DIE LINKE
Frau Antje Klotsch	stimm. Mitglied ;

Frau Susanne Wildner	Beratendes Mitglied (Gleichstellungsbeauftragte)
Frau Carola Messerschmidt	Beratendes Mitglied (Landesverwaltungsamt, Abteilung Schule und Kultur)

Frau Carmen Wiebach	Beratendes Mitglied (Jobcenter)
Frau Janice Windisch	Beratendes Mitglied (Kinder- und Jugendrat)
Herr Richter Bruno Glomski	Beratendes Mitglied (Amtsgericht)
Herr Kriminalrat Ralf Berger	Beratendes Mitglied (Polizei)

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, eröffnete die Kinder- und Jugendsprechstunde. Da keine Kinder und Jugendlichen zur Sprechstunde erschienen waren, schloss Frau Hanna Haupt die Sprechstunde.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnete die öffentliche Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, sprach an, dass TOP 3 von der Tagesordnung abgesetzt wird. Die Niederschrift vom 06.10.11 wird zur nächsten Sitzung behandelt.

Der geänderten Tagesordnung wurde ohne förmliche Abstimmung zugestimmt.

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 06.10.11
Von TO abgesetzt
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Bericht zum Stand der Zusammenarbeit Grundschule-Horte
Berichterstattung: Frau Lukas, Amt für Kinder, Jugend und Familie
- 6. Bericht und Fachdiskussion zur Entwicklung im Bereich Hilfen zur Erziehung (HzE)
Berichterstattung: Frau Brederlow, Amtsleiterin Amt für Kinder, Jugend und Familie
- 7. Beschlussvorlagen
- 8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1. Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Berichterstattung Umsetzung Inklusion in Horteinrichtungen der Stadt Halle
Vorlage: V/2011/10084

9. schriftliche Anfragen von Stadträten
10. Mitteilungen
 - 10.1. Mitteilung zum Stand Spielplatzpatenschaften
 - 10.2. Mitteilung zur Umsetzung LAP-HALLIANZ für Vielfalt
11. Beantwortung von mündlichen Anfragen
12. Anregungen

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, gab bekannt, das in der nichtöffentlichen Sitzung am 06.10.11 der Verein Shorai do kempo die unbefristete Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe erhalten hat.

zu 5 Bericht zum Stand der Zusammenarbeit Grundschule-Horte Berichterstattung: Frau Lukas, Amt für Kinder, Jugend und Familie

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, gab das Wort an **Frau Lukas, Fachberaterin für frühkindliche Bildung im Jugendamt**.

Frau Lukas sprach an, dass es 2010 eine Umfrage unter Horterzieherinnen und Horterziehern in Halle (Saale), wovon sich 90 zurück gemeldet hatten. Die Rückmeldung sagte auch aus, dass man sich mehr Austausch Grundschule-Horte wünscht. Es gab am 21. Mai 2011 einen Hortfachtag, zu welchem auch Fachinteressierte bzw. die Grundschulen eingeladen worden sind.

Im JHA im April 2011 gab es einen Beschluss zum Antrag der SPD-Fraktion, der besagte, dass die Stadtverwaltung beauftragt wurde, eine Fachtagung zur Vorbereitung von weiteren Kooperationsverträgen zwischen Grundschulen und Horteinrichtungen zu organisieren. Hierzu soll jährlich berichtet werden. Sie möchte heute dazu informieren. Es hat sich eine Fachgruppe Horte gebildet, welche sich zu aktuellen Themen des Hortes verständigen. Es gab ein Fachgespräch mit den Fachberatern aus Schule und Hort. Da war noch Frau Hasenkrug, damals Kultusministerium, heute a.D., anwesend. Der Hochfachtag im Mai 2011 war als Fortbildung, nicht nur für Horterzieher, gedacht. Es wurden damals alle 37 Grundschulen eingeladen; nur 1 Grundschule hat sich dafür angemeldet. Deutlich wurde, dass die Hortpädagogen eine andere Problematik als die KITA-Erzieherinnen haben. Die Hälfte der Grundschulhorte haben Kooperationsvereinbarungen. Spekulativ sind die Gründe, warum Grundschulen sich für die Thematik nicht interessieren und damals auch für den Hochfachtag nicht anmeldeten. Eine Annäherung ist so schnell nicht zu erwarten. Kooperationsvereinbarung heißt, dass beide Kooperationspartner miteinander und zusammen arbeiten.

Anfrage Frau Wießner, CDU-Fraktion, warum die Grundschulen sich nicht beteiligten?

Frau Lukas antwortete, dass ihr die Gründe nicht bekannt sind, da es hierzu keine Rückmeldungen gab.

Frau Wolff, Fraktion MitBürger für Halle-NEUES FORUM, sprach an, dass ihr von freien Trägern bekannt ist, dass der Hortfachtag als nicht sehr tragend empfunden worden ist. Da dieser an einem Samstag stattgefunden hatte, mussten viele dafür ihren freien Tag nehmen. Kooperationsvereinbarungen sollten doch ein MUSS sein.

Frau Messerschmidt, Beratendes Mitglied (Landesverwaltungsamt, Abt. Schule und Kultur), sprach an, dass es nicht so ist, dass die Grundschulen mit den Horten nicht zusammen arbeiten wollen. Dies an einer Kooperationsvereinbarung fest zu machen ist so nicht richtig. Es gibt eine unterschiedliche Position zu den Dingen. Ein großes Problem ist die Auffassung zu Hausaufgaben. Hierbei ist auch keine Annäherung möglich. Sie ist für den Bereich Süd zuständig und ihre Grundschulen haben gute Kontakte zu ihren Horten. Als großes Problem ist auch die Raumfrage bekannt.

Frau Lukas sprach an, dass sie heute nur Fakten mitgeteilt hat und es nicht um Anschuldigungen ging. Vergangenes Jahr hatte sie ein Gespräch mit Frau Messerschmidt zu den Dingen, was auch sehr wichtig war.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) sprach an, dass es bedauerlich war, dass an dem Samstag keine Grundschullehrer anwesend waren, auch wenn es deren freier Tag war. Eine Kooperationsvereinbarung ist wie ein Ehevertrag, dieser steht und fällt mit den Menschen, die mit und an dem Kind arbeiten. Es wird immer wichtiger, dass man sich um das Kind und deren Familie kümmert. Das Tandemprojekt war damals sehr gut, vielleicht kann man hier wieder anknüpfen.

Frau Lukas antwortete, das für das Tandemprojekt damals Frau Hasenkrug sich verantwortlich gezeichnet hatte. Leider ist diese nicht mehr im Dienst. Kooperationsvereinbarungen haben zum Ziel, Standards und Vereinbarungen festzulegen und hier ist eine Kontinuität gewollt.

Frau Schubert, stimmberechtigtes Mitglied (freie Träger) sprach an, dass Kooperationsverträge zwischen Grundschule und Horte nebensächlich sind. Sie hatte gehofft, heute mehr zur Qualität der Arbeit zwischen Grundschule und Hort zu erfahren. Eine qualitative Zusammenarbeit und zwar auf Augenhöhe fehlt noch und diese ist wichtig.

Frau Brederlow sprach an, dass es die Fachgruppe Horte seit ca 1 Jahr gibt. Im Jugendamt gibt es Frau Lukas als einzige Mitarbeiterin für dieses Thema. Freie und öffentliche Träger müssen hier eng zusammen arbeiten. Die Schulen sollten mit im Boot sein, was momentan schwierig ist.

Frau Lukas sprach an, dass eine Einschätzung der qualitativen Zusammenarbeit schwierig ist. Eine Umfrage müsste analog auch an den Grundschulen passieren.

Frau Schubert sprach an, dass ihr ein Beispiel bekannt ist, wo ein Schulleiter einen Hort aufgefordert hat, auf Grund fehlender Räume frei zu machen. Was denkt sich ein Schulleiter, wer oder was Hort ist. Auf dieser Basis hat das nicht zu erfolgen und außerdem ist hier mit dem Träger des Hortes zu sprechen. Da gestaltet sich Zusammenarbeit nicht auf einer Augenhöhe.

Frau Wolff sprach an, dass sie gehofft hatte, dass eine quantitative wie qualitative Auflistung der Zusammenarbeit erfolgt. Die Problematik der Räume wurde auch schon im

Unterausschuss Jugendhilfeplanung thematisiert. Zu der Thematik sollte vom Schulverwaltungsamt Jemand mit dabei sein. Die Frage ist, wie wollen wir mit dem Problem umgehen?

Frau Lukas bestätigte, dass es bekannter weise Probleme gibt, auch zu den Räumlichkeiten. Es gibt aber zu den Problemen unterschiedliche Wahrnehmungen. Der Hortfachtag war wichtig, um die Arbeit der Hortpädagogen und deren Ziele darzustellen. Die Hoffnung war, dass Schule mit anwesend ist, um deren Sicht auf die Dinge zu hören. Dies war nicht der Fall.

Herr Kogge sprach an, dass er im Bildungsausschuss angeregt hatte, dass bspw. in der Grundschule Kröllwitz mal ein Treffen gemacht wird, um die Chancen einer Zusammenarbeit gemeinsam anzusehen. Die Probleme zu den Räumen kommt auch bei ihm an.

Frau Brederlow sprach an, dass bei dieser Sitzung auch der Jugendhilfeausschuss dabei sein sollte, da bei dieser Thematik beide Ausschüsse gefragt sind. Es geht um die Doppelnutzung von Einrichtungen, die Ausstattung von Horten usw. Dies sollte als thematische Sitzung stattfinden. Von den freien Trägern erhofft man sich hier auch Unterstützung.

Frau Gellert unterbreitete den Vorschlag, dass für einen größeren Rahmen die Aula des Kinderparks genutzt werden könnte, da hier 200 Personen Platz finden. Dies könnte als gemeinsame Sitzung Bildungsausschuss-Jugendhilfeausschuss stattfinden und das Netzwerk Kita/Horte könnte hier vorgestellt werden.

Die Verwaltung dankte für den Vorschlag und wird zum gegebenen Zeitpunkt, frühestens im Frühjahr 2012, darauf zurück kommen.

Frau Hanna Haupt dankte Frau Lukas für die diplomatisch vorgetragenen Ausführungen, die dennoch unmissverständlich die gegenwärtige Situation darstellen.

**zu 6 Bericht und Fachdiskussion zur Entwicklung im Bereich Hilfen zur Erziehung (HzE)
Berichterstattung: Frau Brederlow, Amtsleiterin Amt für Kinder, Jugend und Familie**

Frau Brederlow, Amtsleiterin Jugendamt, sprach an, dass es beim letzten Bericht **zu Hilfen zu Erziehung (HzE)** die Bitte geäußert worden ist, dieses Thema intensiver zu besprechen. Heute ist hierfür die Gelegenheit. Die Verwaltung wird in einer Präsentation statistische Daten und Hintergründe zu HzE vorstellen. Den Einstieg wird **Frau Schöps, Ressortleiterin Steuerung der Jugendhilfe, Jugendamt** machen und fortlaufend äußern sich die anderen drei Ressortleiter des Jugendamtes zur Thematik.

Es wurde von **Mitgliedern des Ausschusses** die Bitte geäußert, die Powerpointpräsentation per E-Mail zugesendet zu bekommen. Dies sagte **die Verwaltung** zu.

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN äußerte die Bitte, dies auch ausgedruckt zu erhalten. Dies wurde ebenfalls zugesagt (Anhang zur Niederschrift).

Frau Schöps stellte das Zahlenmaterial vor. Sie sprach hier die Fallzahlen und Ausgaben 2006 – 2011 (Stand 30.06.11) an. Sie ging hierbei auf die Gesamtkosten, die Fallzahl als auch die Kosten pro Fall ein. Es wurden die durchschnittlichen Fallzahlen pro Jahr und die

Entwicklung in ausgewählten Hilfearten dargestellt. Das Eine sind die Kosten, das Andere die Fallzahlen.

Sie sprach an, dass auch die Einflüsse gesehen werden müssen, die dieses Thema beeinflussen. Hierbei sind Ziel und Wirkung nah beieinander. Dazu gibt es entsprechende Auswirkungen auf die Entwicklung im Bereich der HzE. Seit 2000 bestehen hinsichtlich der Gesundheitsreformen Streichungen und Begrenzungen im medizinischen Leistungskatalog. D.h. die Krankenkassen prüfen immer wieder, was an Leistungserbringung noch gewollt ist und übernommen wird. Im § 35a erfolgte eine Reduzierung von heilpädagogischen Leistungen (z.B. ADHS, Autismus). Am Beispiel des Autismus (generelle Aufgabe der Jugendhilfe) wurden Fallzahlen und Kosten/Tag dargestellt. In Halle gibt es eine Autismusambulanz. Gleichfalls gibt es eine Steigerung der Begutachtungen mit Empfehlungen auf kostenintensive geschlossene Unterbringung, z.B. Hilfen gemäß § 1631 b BGB. Teilweise belaufen sich hier die Kosten auf 280 € **pro Tag und Fall**.

Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBürger für Halle-NEUES FORUM fragte an, ob dies Begleitung und nicht Behandlung bei autistischen Kindern heißt?

Frau Schöps antwortete, dass diese Kinder auf ihren Wegen begleitet werden müssen. Das ist keine Kassenleistung.

Anfrage Frau Dr. Brock zu ADHS, welches doch eine Kassenleistung ist. Geht es hier auch um Begleitung?

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung antwortete, dass die Kassenleistung die medizinische Seite ist. Der andere Teil muss durch die Jugend- bzw. Sozialhilfe gedeckt werden.

Frau Schöps erläuterte weitergehend die Auswirkungen durch Gesetzgebungen. Seit 2005 gibt es eine Neuregelung der Förderung im SGB II/SGB XII; hier verbleiben insbesondere Familien mit Multiproblemlagen im Leistungsbezug. Der Aufwand für das Antragsverfahren hat sich erhöht, da die Gewährung auf 6 Monate dies mit sich bringt. Im § 35a SGB VIII ambulant/stationär heißt dies, es erfolgt eine stärkere Abgrenzung an der Schnittstelle seelische Behinderung/geistige Behinderung.

Frau Heder, Ressortleiterin Süd erläuterte, dass § 35a eine rein medizinische Leistung ist. Für all das, was in den Status seelische Behinderung oder von seelischer Behinderung bedroht fällt, ist die Jugendhilfe zuständig, Jugendhilfe hat dann tätig zu werden. Es ist hier nicht so, dass Anschlussleistungen finanziert werden. Im Land Sachsen-Anhalt ist nicht alles geregelt. Im Extremfall kann hier die Jugendhilfe bis zum 26. Lebensjahr zuständig sein.

Frau Schöps verwies auch auf den Bereich der geschlossenen Unterbringung. Psychologische Gutachten sind zeitlich begrenzt. Oftmals muss eine kostenintensive Unterbringung in Bereichen der Jugendhilfe erfolgen. Hierfür gibt es keine Einrichtung in Halle (Saale). 20% der Jugendlichen in Deutschland weisen psychologische Auffälligkeiten auf. Es muss bundesweit nach entsprechenden Einrichtungen zur Unterbringung geschaut werden, es gibt sehr lange Wartezeiten für eine Unterbringung. Demzufolge kann nicht nach den Kosten geschaut werden sondern wo ein Platz frei ist.

Herr Kogge ergänzte die Aussage, in dem er ansprach, dass oftmals per Gerichtsbeschluss geschlossene Unterbringung angeordnet wird. In Sachsen-Anhalt und Thüringen wird dann keine Einrichtung gefunden, so dass man in anderen Bundesländern schauen muss, wo eine Unterbringungsmöglichkeit besteht. Niedrige Kostensätze sind hier kaum möglich, da der Platz genommen werden muss, sobald hierfür einer frei ist. Die psychologischen Bereiche nutzen diesen bestehenden Druck. Wenn Jugendlicher als austherapiert entlassen wird und ein Gerichtsbeschluss zur geschlossenen Unterbringung besteht, muss schnellstmöglich eine Lösung gefunden werden.

Anfrage Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), wieso im Land Sachsen-Anhalt keine entsprechenden Einrichtungen sind, wenn die Bedarfe hierfür da sind?

Frau Brederlow antwortete, dass das Land Sachsen-Anhalt hierfür keine Betriebserlaubnisse erteilt. Die Jugendamtsleiter sprechen dieses Thema regelmäßig an. Leider wird dies geblockt.

Frau Dr. Brock bat darum, hierzu Stichworte an die Niederschrift anzuhängen, damit dies im Landtag vorgetragen werden kann.

Die Verwaltung sagte dies zu.

Frau Schöps sprach an, dass durch die Auswirkungen der Gipfel bei den Kostensteigerungen noch nicht erreicht ist. Im § 31 SGB VIII Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH) bedeutet es eine zunehmende Anzahl von Familien, bei denen HzE auch Leistungen für die Lösung von Problemlagen wie Arbeitslosigkeit, Überschuldung, Behinderung oder psychische Erkrankung der Eltern/eines Elternteils beinhaltet. Es wird versucht, die Problemlagen der Familien in den Griff zu bekommen, hier ist ein enormer Fallaufwuchs zu verzeichnen.

Frau Wolff sprach an, dass nicht nur die Arbeitslosigkeit sondern auch die Tatsache, dass in vielen Berufen, auch im Pflegebereich, über 40 Wochenstunden gearbeitet wird. Auch so etwas muss sich hier wiederfinden. Familien haben weniger Zeit auf Grund der Mehrstunden.

Frau Schöps sprach an, dass die ambulanten Fälle im Bereich des § 35a teilweise Eltern betrifft, welche überlastet sind. Hier ist besonders das Paulus-, Kröllwitz-, und Giebichensteinviertel betroffen. Mit psychologischen Belastungen ist nicht eine psychologische Erkrankung gemeint sondern genau diese Probleme fallen hier drunter.

Herr Kogge wies darauf hin, dass hierzu intern in den Sozialräumen noch diskutiert werden kann.

Frau Wolff sprach an, dass dies auch ein Thema für den Unterausschuss Jugendhilfeplanung wäre.

Frau Schöps machte deutlich, dass in den §§ 31 SPFH und § 34 Heimerziehung SGB VIII ein Fallanstieg ist. Es gibt eine steigende Anzahl von 0 bis 15-jährigen in Bedarfsgemeinschaften und ein Anstieg von Kleinstkindern in HzE. Seit 2005 gibt es den § 8a SGB VIII, welcher den Schutz des Kindes vor Gefahren für sein Wohl (Kindeswohl) beinhaltet. Hier gibt es Kinderschutzfachkräfte und verschiedene Gremien und Netzwerke. Seit 2007 gibt es das Bundeselterngeldgesetz und das Elternzeitgesetz. Durch die familienfreundliche Gesetzgebung kam es zu einer Steigerung der Geburtsrate. Dies heißt zum Einen mehr Kinder von 0 – 18 Jahren, aber eben auch mehr Kinder in problematischen Familien. In diesen Familien wird das Elterngeld als Haushaltseinkommen betrachtet. Seit 2010 gibt es das Kinderschutzgesetz (KSG) im Land Sachsen-Anhalt. Durch das frühzeitige Erkennen von Gefahren soll das Kind geschützt werden. Hier wurde ein Netzwerk aufgebaut und die Frühwarnsysteme weiterentwickelt. Folge ist auch, dass schneller reagiert wird und demzufolge auch die Meldungen sich hierzu erhöht haben.

Anfrage Frau Dr. Brock, ob Vergleichszahlen zu anderen Städten, wie Magdeburg, vorliegen; wie verläuft dort die Entwicklung?

Frau Brederlow antwortete, dass es im letzten Jahr eine bundesweite Untersuchung gab. Es wurden die Auswirkungen der letzten Jahre, seit es den § 8a SGB VIII gibt, angesehen. Bundesweit ist die Fallzahlenentwicklung bis zu 200%. Bis 2008 war der Anteil an

stationären Hilfen bundesweit rückläufig, in Halle war hier eine andere Entwicklung. Seit 2008 hat sich bundesweit die Fallzahl hier erhöht. Es gibt unterschiedliche Angebote bspw. zum § 35a. Manche Kommunen machen weniger Familienhilfen.

Anfrage Frau Wolff zum Stand der ambulanten Hilfe.

Frau Brederlow antwortete, dass dies im anschließenden Vortrag zu „Wiederkehrern“ deutlich wird.

Anfrage Herr Dölle, wie viel Familien das tatsächlich sind? Sind hierbei auch Zuzüge aus dem Saalekreis und Umland extra ausgewiesen?

Frau Schöps antwortete, dass dies nicht direkt dargestellt werden kann. Die Fälle wurden insgesamt auf die 0-18-jährigen ausgewiesen aber nicht einzeln auf die Familien dargestellt. Zuzüge aus dem Saalekreis und Umland sind nicht extra erfasst, dies geht dann nur aus der Akte hervor.

Frau Gellert sprach an, dass ein großes Thema hierbei auch die Kinderarmut ist. Viele Eltern arbeiten im Niedriglohnsektor und haben teilweise 2,3 Jobs, um die Familie ernähren zu können. Eltern sind teilweise bemüht, durch Schichtsystem aber oftmals auch gehindert, sich um Familie kümmern zu können. Die Kinder brechen aus. Es handelt sich nicht nur um die „klassischen Hartz IV-Empfänger“. Sie fragte an, wie es kommt, dass Fallzahlen zum Giebichenstein-, Paulus-, und Kröllwitzviertel benannt wurden. Heißt das, woanders werden nicht so viel Anträge gestellt? Wie ist die Beantragung in anderen Stadtteilen?

Frau Brink, Ressortleiterin West, sprach an, dass dies teilweise dort anders bewusst wahrgenommen wird. Im Stadtteil Neustadt ist ein Verlust an Bewusstheit, was elterliche Erziehung und Fürsorge angeht, zu verzeichnen. Es gibt eine zunehmende Zahl von Kindern mit starken Entwicklungs- und Verhaltensdefiziten. Zum Ausgleich dieser Defizite machen sich Hilfen zur Erziehung notwendig. Das Jugendamt ist in der Pflicht entsprechende Hilfen anzubieten. Es ist traurig, dass Kinder per Gesetz unter Schutz gestellt werden müssen. Eltern wissen oftmals nicht mehr, was es heißt, den existenziellen Bedürfnissen eines Kindes, ihres Kindes, gerecht zu werden. Dazu gehören Gesundheit, Ernährung, Kleidung, Wohnraum. Jedes Kind hat ein Recht auf persönliche Zuwendung. Eltern müssen sich für ihr Kind verantwortlich fühlen und entsprechend handeln, das Kind vor Gefahren schützen und sich selbst zurück nehmen und auf persönliche Vorteile verzichten. Kinder sind da und mehr nicht. Sich Zeit für das Kind nehmen, eine Verlässlichkeit bieten, dem Kind mit Respekt begegnen und dem Lebensumfeld des Kindes und seiner Entwicklung gerecht werden und diese förderlich gestalten gehört zur Erziehungskompetenz. Fazit ist, dass inkompetentes Fürsorge- und Erziehungsverhalten neben dem Verlust an Lebensqualität, Gesundheit und Entwicklungschancen für das Kind auch erhebliche Folgekosten für die Jugendhilfe u.a. verursacht. Kooperationspartner müssen sein: Familienbildung, Erziehungsberatung, Kita, Schule, um grundlegende Lebenskompetenzen zu vermitteln und Werte und Wissen den Familien vermitteln. Die Familien müssen angemessen und verständlich angesprochen werden. Es ist eine große Herausforderung für die Sozialarbeiter, den Eltern zu vermitteln, was wichtig für ihr Kind ist.

Frau Dr. Brock sprach an, dass dies auch ein Plädoyer für die präventive Jugendhilfe ist.

Frau Wolff wies auf ein Projekt des Thalia hin, in welchem Mädchen aus allen Sozialräumen interviewt worden sind. Sie war entsetzt, dass die meisten Mädchen nicht verhüten wollen, dass ein Kind als „Kuscheltier“ angesehen wird. In einzelnen Sozialräumen ist dies verbreitet, dass junge Mütter kaum Verantwortung für sich übernehmen.

Frau Brederlow sprach an, das ein Ansatz ist, rechtzeitig zu reagieren. Die Finanzierung ist eine andere Sache, die Krankenkassen ziehen sich total zurück.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., sprach an, dass immer sichtbarer in der täglichen Arbeit mit den Eltern wird, dass diese immer weniger Respekt und Achtung dem Kind gegenüber haben und andererseits bei Kritik von außen sofort ihr Recht auf Erziehung gegenüber dem Kindeswohl stellen.

Frau Brink sprach an, dass Eltern, welche heute diese Defizite aufweisen, dies ihren Kindern vorleben und vermitteln. Wir gehen bereits in die nächsten Generationen davon.

Frau Gellert sprach an, das hier auch Schule gefragt ist. Das Fach Sozialkunde mit der Sexualthematik muss gemacht werden, um aufzuklären. Jugendhilfe kann nicht alles wettmachen. Schule ist auch Lebensschule. Familien- und Erziehungskompetenzen werden von Eltern nicht mehr so vermittelt.

Frau Heder, Ressortleiterin Süd, sprach zu den wiederkehrenden Hilfebedarfen - Widerspruch zur Wirkungsfähigkeit von HzE? Dies kann grundsätzlich weder bejaht noch verneint werden. Eltern sind nicht in der Lage, verlässliche Grundbedingungen zu schaffen. Jede Hilfe muss bedarfsgerecht dem Individualfall gerecht werden. Auf der Suche nach der individuell bedarfsgerechten Hilfe sind Voraussetzungen:

- Mitwirkungsfähigkeit und –wille aller Beteiligten
- Veränderungsfähigkeit und –wille aller Beteiligten
- Ein Interesse an nachhaltig wirkenden Zielzuständen muss erkennbar sein.
- Ein Interesse an einer selbständigen Erziehungsfähigkeit und an kontinuierlich förderlichen Entwicklungsbedingungen der eigenen Kinder muss vorhanden sein.

Grenzen der Nachhaltigkeit und Wirkungsdauer von Zielzuständen sind die mangelnde echte eigene Motivation an Veränderung; die Fähigkeit des Erkennens von Hemmnissen der Kinder, wiederkehrende persönliche und gesundheitliche Instabilität der Eltern als auch die mangelnde Fähigkeit für stabile Verhältnisse in der existenziellen Sicherung und Erziehung zu sorgen. Sie machte deutlich, dass Eltern als Erstes eine Erziehungspflicht haben. Was kann man tun, um Eltern zu erreichen und nachhaltig etwas zu erreichen? Es bedarf vieler Menschen, Zeit, Geduld, Ideen, Mut auch unkonventionelle Wege zu gehen und Kosten, um Hilfen aufzutun. ABER es gibt Grenzen am Individuum (Fähigkeit, Motivation, Wille) und es erfordert ein Netzwerk und ein stabiles soziales Sicherungssystem, um eine Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Die Kostenfrage ist hierbei ggf. nicht unerheblich. Wenn Eltern für sich nicht erkennen, was sie tun müssen und auch nicht freiwillig mitwirken, bleibt nur der juristische Weg. Eltern sind immer wieder „mitzunehmen“. Es gibt viele engagierte Menschen in der Jugendhilfe, die bemüht sind, immer wieder Möglichkeiten zu finden, um für die Kinder und Jugendliche positive Wege zu finden.

Anfrage von Frau Wolff zur Begrifflichkeit „Wiederkehrer“.

Frau Heder antwortete, das es sich hierbei um Menschen handelt, die nach einer abgeschlossenen Hilfeleistung wieder eine neue Leistung benötigen.

Anfrage Frau Wolff, wie die Fallgruppe erfasst wird, wenn aus ehemaligen Kindern aus Problemfamilien jetzt Eltern mit Problemfamilie geworden sind, ist dies nachvollziehbar?

Frau Heder antwortete, dass es keine statistische Erhebung hierzu gibt, dies aber aus der Anamnese hervorgeht und für den Sozialarbeiter damit sichtbar wird.

Anfrage Frau Wolff, ob die Maßnahmen zu kurz sind, als das sie greifen könnten?

Frau Heder antwortete, das es keine nachweislichen Untersuchungen/Studien hierzu gibt, auch wenn es immer mal wieder Untersuchungen gibt. Es gibt immer wieder gelingende Sachen, was auch an Beispielen sichtbar wird, wenn aus ehemaligen Kindern aus Problemfamilien heute Helfer geworden sind, diese auch teilweise in entsprechenden Berufsgruppen tätig sind. Es gibt Fälle, wo bekannt ist, dass diese ganz gut jetzt im Leben klar kommen.

Anfrage Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, ob die Häufigkeit der Wiederkehrer nachweisbar ist?

Frau Heder antwortete, dass es hiervon keine statistischen Erhebungen gibt. Dies geht nur aus der Fallanamnese hervor. Bei Wiederkehrern, welche zum 3. oder 4. Mal Hilfe in Anspruch nehmen, gibt es Zusammenkunft verschiedener Mitwirkender, ob weitere Hilfen etwas bringen, dies wird in einer größeren Gruppe entschieden.

Herr Wilhelm, Ressortleiter Mitte-Nord-Ost sprach die Vernetzung im Quartier Freimfelde an. Er erwähnte die aktiven Mitglieder der Quartiersrunde, die Quartiersrunde ist seit 2008 aktiv. Es wurde ein Familienfest „Frei im Felde“ veranstaltet, bei welchem es viele Akteure gab. Er sprach die Möglichkeiten der Vernetzung an. Ein Elternkompetenztraining wurde von vielen Trägern angeboten. Hervorzuheben ist auch der „Bürgerladen“ in der Landsberger Straße. Es werden Kinder, welche in Schule und Kita oder auf der Straße abweichende Verhaltensauffälligkeiten aufweisen, an diesen u.a. auch an diesen Bürgerladen vermittelt. Die Angebote im Quartier werden in der Quartiersrunde abgestimmt. Er benannte auch Fallbeispiele, wo Hilfen angeboten wurden und es auch Erfolge hierzu gab. Bspw. war durch ein gezieltes Elternkompetenztraining mit einem Vater, Mutter in Haft, soweit erfolgreich, dass keine HzE notwendig war. Die Streetworker schauen auch öfters im Bürgerladen vorbei. Er verwies aber auch auf die Grenzen bei der Vernetzung. Vernetzung ersetzt keine passgenauen Angebote. Trotz Vernetzung können Erziehungsfragen im Elternhaus nur bei einem Drittel der Eltern im Ansatz geklärt werden. Der Zeitaufwand der Mitarbeiter steigt. Erkennung und Weitermeldung von Kindeswohlgefährdung. Die Träger werden tätig, wenn dies erkennbar ist und melden dies dem Jugendamt. Bei 15/16-jährigen liegt die Gefährdung anders als bei den kleineren Kindern. Er machte deutlich, dass Vernetzung auch viel Zeit kostet. Er zog auch Fazite, wie **bspw.** Ressourcenoptimierung der vorhandenen Angebote, intensive Förderung der Familienbildung/Elternbildung etc. Er machte deutlich, dass nicht gesagt werden kann entweder Prävention oder Intervention. Das ist nicht möglich! Man braucht Beides.

Es gab hierzu keine Nachfragen.

Frau Hanna Haupt dankte den Vortragenden für deren Ausführungen.

Frau Brederlow sprach an, dass deutlich geworden ist, dass HzE eine Möglichkeit ist, um Kindern und Jugendlichen eine Möglichkeit der öffentlichen Teilhabe zu bieten. Ein großer Teil der HzE sind auch die präventiven Hilfen (Familienhilfe). Dies sind Investitionen in Kinder und Jugendliche.

Frau Hanna Haupt sprach ausgehend auch von der letzten Stadtratssitzung an, dass nicht eine Leistung gegen eine andere Leistung „ausgespielt“ werden soll. Es wurden auch Träger gegenseitig ausgespielt. HzE sind zum Teil auch präventive Maßnahmen, andere Maßnahmen sind freiwillig, benötigt wird Vieles, um Hilfen anzubieten.

Frau Hanna Haupt beendete diesen TOP und sprach eine **5minütige Pause** an. Sie bat darum, nach 5 min wieder im Sitzungsraum zu sein, um zügig die Sitzung fortsetzen zu können.

zu 7 **Beschlussvorlagen**

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, rief nach der Pause den TOP 7 auf. Sie stellte fest, dass sich trotz Beendigung der Pause noch nicht alle Mitglieder wieder im Sitzungsraum befinden. Sie teilte mit, dass keine Beschlussvorlagen vorliegen.

zu 8 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 8.1 **Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Berichterstattung Umsetzung Inklusion in Horteinrichtungen der Stadt Halle Vorlage: V/2011/10084**

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, stellte fest, dass die Antragstellerin, Frau Wolff, trotz Ende der vorgegebenen Pause noch nicht im Raum ist. Demzufolge forderte sie erst die Verwaltung auf, deren Meinung zum Antrag zu äußern.

Frau Brederlow sprach an, das die Thematik Inklusion bereits Thema im Unterausschuss Jugendhilfeplanung war und wieder sein wird. Dies soll auch im Jugendhilfeausschuss thematisiert werden. Der Antrag findet Zustimmung bei der Verwaltung. Der gesteckte Zeitrahmen, welcher im Antrag auf Ende November benannt wurde, ist zu kurz, da auch noch einige Klärungsbedarfe sind. Sie machte den Vorschlag, den Zeitrahmen auf Februar 2012 festzulegen, um mehr Zeit für die Anfertigung des Berichtes zu haben. Zu diesem Vorschlag gab es ein zustimmendes Nicken aus den Reihen der Mitglieder und keine Gegenrede.

Frau Wolff, Fraktion MitBürger für Halle – NEUES FORUM, war jetzt wieder im Sitzungsraum.

Frau Hanna Haupt informierte Frau Wolff über den Vorschlag der Verwaltung und fragte an, ob Frau Wolff zu ihrem Antrag noch etwas sagen möchte oder dem Vorschlag der Verwaltung folgt.

Frau Wolff, als Antragstellerin, stimmte dem Vorschlag der Verwaltung zu, so dass „...bis Ende November 2011“ in „...bis Ende Februar 2012“ im Antrag geändert wird. Der übrige Antragstext bleibt bestehen.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung des geänderten Beschlussvorschlages auf.

Geänderter Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

bis Ende ~~November 2011~~ **Februar 2012** schriftlich zu berichten, wie die Umsetzung des Anspruches auf inklusive Pädagogik und Betreuung in Horteinrichtungen realisiert wird. In der Berichterstattung sollen Aussagen zur:

- Anzahl von Anträgen auf Kinderbetreuung (speziell Hortbetreuung)
- Anzahl der Realisierung der Anträge
- Gewährleistung der Wohnortnähe
- Gewährleistung der zusätzlichen Hortbetreuung von FörderschülerInnen während der Ferienzeiten
- Anzahl der Anträge auf Betriebserlaubnis der Träger/ Ausnahme- und Einzelfallregelungen für Einrichtungen/Träger sowie Anträge zur Herstellung von bauliche und sächliche Barrierefreiheit
- Anzahl Genehmigungen der Träger
- Hemmnisse und Schwierigkeiten bei der Ausführung

enthalten sein.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

zu 9 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 10 Mitteilungen

zu 10.1 Mitteilung zum Stand Spielplatzpatenschaften

Frau Fritzsche, Sozialplanerin Dezernat IV, teilte heute im Auftrag von Herrn Weiske den Stand zu den Spielplatzpatenschaften mit.

Sie verteilte Flyer hierzu zur Kenntnisnahme.

Sie teilte mit, dass es 13 Spielplatzpaten in der Stadt Halle (Saale) gibt, 7 davon sind i Jahr 2011 neu dazugekommen. Die Stadt ist im Jahr 2011 dem Patenschaftsnetzwerk, welches über die Freiwilligen-Agentur läuft, beigetreten. Am 22.11.11 gibt es das erste Treffen mit den Spielplatzpaten, wo sich diese austauschen und Anregungen und Hinweise geben können. Es gibt ein breites Spektrum an Paten. Dies können Eltern sein, die diesen Spielplatz mit ihrem Kind nutzen aber auch Vereine und Unternehmen sind hier mit dabei.

Anfrage Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., gibt es pro Spielplatz 1 Paten oder wie läuft das?

Frau Fritzsche antwortete, dass immer für einen Spielplatz Personen festgelegt sind, das können durchaus auch 2,3 Personen sein, welche sich hier kümmern.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 10.2 Mitteilung zur Umsetzung LAP-HALLIANZ für Vielfalt

Herr Petrick , Kinder- und Jugendbeauftragter, teilte den Stand zur Umsetzung zum Lokalen Aktionsplan, hier HALLIANZ FÜR VIELFALT 2007-2013 mit und verteilte ein Informationsblatt hierzu. Aktuell ist seit 2011 die HALLIANZ FÜR VIELFALT Teil des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“, welches durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt wird und die beiden Vorgängerprogramme „unter einem Dach“ bündelt. Er informierte u.a. auch darüber, dass die HALLIANZ FÜR VIELFALT seit 2007 durch die Stadt Halle (Saale) getragen wird. Federführend war von Anfang an das Amt für Kinder, Jugend und Familie benannt. Dieses Amt hatte die Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. als externe Koordinierungsstelle mit entsprechenden Aufgaben beauftragt. Durch die Verringerung der Fördersumme von ehemals 100.000 € pro Jahr wurde die Koordinierung ab 01.09.2011 durch das federführende Amt, durch seine Person, übernommen.

Er nannte die Fördersummen von 2007 – 2013; 2007 gab es 130.000 €. 2011 nur noch 65.000 € und 2012 werden es 30.000 und im Jahr 2013 nur noch 20.000 € sein. Er informierte zu Zielen und Arbeitsweise und zur Struktur. Bisher nicht gelungen ist es, den Stadtschülerrat hier mit einzubeziehen. Mit der Wahl des neuen Stadtschülerrates gibt es hier evtl. noch Änderungen.

Er teilte aktuelle Projekte mit und informierte darüber, dass im Rahmen des Aktionsfonds die Möglichkeit zur Durchführung kleiner Mikroprojekte besteht.

Die Beantragung und die Förderkriterien erfährt man über Frau Karen Leonhardt von der Freiwilligen-Agentur (<http://freiwilligenagentur-agentur.de/>).

Informationen und Kontakt zur Koordinierungsstelle über ihn:

Kinder- und Jugendbeauftragter der Stadt Halle (Saale)

Mirko Petrick

Amt für Kinder, Jugend und Familie

Telefon 0345 221 5656

mirko.petrick@halle.de

www.hallianz-fuer-vielfalt.de

www.halle.de

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, dankte für die Mitteilung und fragte an, ob es weitere Mitteilungen gibt.

Weitere Mitteilungen

Herr Kogge , Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung teilte mit, dass er zum Stand Haushalt informieren möchte.

Die Fachdezernate haben den Haushalt eingereicht, die Kämmerei versucht, diesen doppisch darzustellen. Bekannt ist, dass die Stadt für 2011 einen nicht genehmigten Haushalt hat. Die Situation ist, dass die geplanten 30 Mio € aus dem

Finanzausgleichsgesetz (FAG) nicht kommen und demzufolge die Beigeordnetenebene sich erneut mit Konsolidierungsmaßnahmen auseinandersetzen muss. Es muss alles geprüft werden, auch im pflichtigen Teil. In den nächsten Jahren werden 100 – 120 Personen u.a. aus Altersteilzeitgründen das Dezernat verlassen.

Das Problem, was wir haben, gab es in dieser Form bisher so nicht. Es sieht nicht so aus, dass wir vom Landesverwaltungsamt mehr Spielraum erhalten werden. Im investiven Bereich ist es sehr schwierig, Freigaben zu erhalten. Demzufolge sind für viele Maßnahmen keine Mittel da. Nächste Woche laufen erneute Gespräche mit der Kommunalaufsicht. Die Situation ist sehr ernst. Es sieht so aus, dass für die Bereiche KITA, HzE und Wohngeld die

Mittel da sein werden. Für die übrigen Bereiche sieht es im Sozialsektor sehr schlecht aus. Das Betreiben von Einrichtungen wird schwierig. Die Frage ist, wo noch mehr gespart werden kann. Die Städte und Gemeinden sind unterfinanziert, was die Oberbürgermeisterin dem Land deutlich gemacht hat. Der Stadtrat steht hinter der Auffassung der Oberbürgermeisterin.

Frau Brederlow, Amtsleiterin Jugendamt, sprach zur Haushaltssituation in der Jugendhilfe. Diese Situation hat viele Auswirkungen auch auf den pflichtigen Teil der Jugendhilfe. Die freien Träger haben ein Schreiben hierzu für das Jahr 2011 erhalten. Für 2012 gehen wir davon aus, dass die Mittel für das Fachkräfteprogramm, die Jugendpauschale und das Familienförderungsgesetz (FamFöG) da sind. Es werden keine weiteren Mittel zur Verfügung stehen. Das wird Auswirkungen auf die internen Diskussionen haben. Es ist davon auszugehen, dass nur noch 50% der Mittel zur Verfügung stehen werden, die wir 2011 hatten. Es wird eine Priorität 1 geben: Unverzichtbare Dinge und eine Priorität 2: Einrichtungen, die wir dringend benötigen. Ein Großteil an Sachen wird nicht mehr finanzierbar sein. Die Situation ist sehr schwierig. Die Träger müssen sich entscheiden, in welchem Segment sie noch tätig sein werden. Im nichtöffentlichen Teil wird sie hierzu auch noch eine Mitteilung machen. Es sind harte Diskussionen im Jugendhilfeausschuss als auch in allen übrigen Bereichen zu erwarten. Wie bekannt ist, ist im Jugendamt der Landesrechnungshof. Durch diesen gab es bereits den Hinweis, dass es nur noch monatliche Auszahlungen geben soll und alle zwei Monate von den Trägern abgefordert werden soll, was diese leistungsmäßig erbracht haben.

zu 11 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte an, ob die Verwaltung die Frage der knappen Mittel so sieht, dass die Stadt die Mittel vom Finanzierungsausgleichsgesetz (FAG) nicht erhält? Das FAG wird jetzt neu ausgeschrieben. Jetzt sollte Jeder, welcher vom FAG betroffen ist, sich an die Fraktionen wenden bzw. müsste der Domplatz voll an Menschen sein, da es nicht mehr so weitergehen kann, was in den Städten und Gemeinden passiert.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass bei der Finanzierung bisher meist fortgeschrieben wurde, wie es weitergeht. Es gibt Gutachten, aus denen hervorgeht, dass alles weiter fortgeschrieben werden muss. Wunsch war es, die Umverteilung hinzubekommen. Die Diskussion auf der Landesebene führt zu Gewinnern und Verlierern. Die von uns gemachte Planung scheint so nicht zu kommen. Deshalb muss er darüber informieren. Die Träger müssen sich darauf vorbereiten. Grundproblem ist, wir benötigen eine klare planerische Sicherheit im FAG. Diese Probleme können nur über die Landtagebene angesprochen werden.

Anfragen von Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu:

- 1.: Die Mittel aus dem Familienförderungsgesetz sollten dieses Jahr zu 100% ausgezahlt werden, dies ist zum Teil nicht erfolgt. Warum sind diese Mittel nicht ausgeschöpft worden?
2. Stehen dann für 2012 diese Mittel nicht zur Verfügung, weil dieses Jahr die Mittel nicht abgerufen worden?

Herr Kogge antwortete, dass er im Bereich des Familienförderungsgesetzes nicht mit einer Reduzierung rechnet. Es werden andere Programme betroffen sein.

Frau Brederlow, Amtsleiterin Jugendamt, antwortete, dass nicht mehr wie in den letzten Jahren verfahren werden konnte. Ein Teil der Mittel wurde für die Gegenfinanzierung

wichtiger Dinge verwendet. Es hätten nur 50% ausgezahlt werden dürfen, um dies anders finanzieren zu können wurden auch diese Mittel dafür genutzt.

Frau Dr. Brock fragte nach, ob damit eine entsprechende Verwendung der Mittel erfolgte? Dies bejahte Frau Brederlow, das beinhaltet das noch.

Anfrage von Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, zu einer getroffenen Aussage im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss (SGGA), dass Mittel aus dem Sozialhilfebereich in die Jugendhilfe geflossen sind. Sie möchte die Antwort schriftlich.

Herr Kogge antwortete, dass der Haushalt der Sozialhilfe nicht mit dem Haushalt der Jugendhilfe vermischt wird. Das bekommt sie noch schriftlich.

Anfrage Frau Wolff wie die Antwort zum Antrag im Stadtrat bezüglich der 100%igen Auszahlung der Mittel an die freien Träger der Jugendhilfe aussehen wird.

Herr Kogge antwortete, dass die Beantwortung durch das Dezernat Finanzen erfolgen muss. Bekannt ist, dass kein genehmigter Haushalt vorliegt. Der gestellte Antrag ist sehr interpretierbar. Er kann der Antwort von Herrn Geier nicht vorgeifen.

Anfrage Frau Schubert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) ob sich der Stadtrat nicht bewusst war, was er da für einen Antrag stellt?
Herr Kogge geht davon aus, dass man sich dessen bewusst war.

Anfrage Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), wann mit der angekündigten Einführung in den doppischen Haushalt für die Mitglieder des Ausschusses zu rechnen ist?

Frau Brederlow antwortete, dass dies in der Sitzung, bei welcher der Haushalt auf der Tagesordnung stehen wird, dies mit erfolgt.

Anfrage Frau Gellert, warum im Sommer noch Mittel für Projekte geflossen sind? Hier wurde der Eindruck vermittelt, dass es doch nicht so schlimm sei.

Herr Kogge antwortete, das bereits damals in der nichtöffentlichen Sitzung auf die prekäre Situation eindeutig und unmissverständlich hingewiesen worden ist. Er hat mehrfach darauf verwiesen, dass die Mittel nicht ausgezahlt werden können. Das Jugendamt war hier bemüht, eine Lösung zu finden. Es wurde immer klar gesagt, dass dies unter dem Haushaltsvorbehalt geschieht. Die Rahmenbedingungen sind für alle Bereiche schwierig.

Anfrage Frau Gellert zu den über Bildung und Teilhabe (BuT) eingebundenen Sozialarbeitern. Durch Grundschulen wurde bereits Interesse signalisiert. Wo und wann kann man sich hierfür bewerben?

Frau Brederlow antwortete, das sie davon ausgeht, dass es einen Arbeitskreis geben wird, welcher sich auch damit beschäftigt, an welchen Schulen Bedarf hierfür besteht. Vor Dezember wird es keine konkreten inhaltlichen Aussagen geben können.

Anfrage Frau Gellert zum Stand „Franzigmark“.

Herr Kogge antwortete, das es 2,3 Vertragsentwürfe hierzu gab. Beim BUND muss dies dem Vorstand vorgestellt und mit diesem abgestimmt sein. Es muss sich um den Träger selbst handeln, welcher den Zuschlag hier erhalten hat. Es gab verschiedene Nachfragen,

zuständig ist hier das Dezernat Wirtschaft und Arbeit. Eine Lösung sollte hier gefunden werden. Er wird zur Anfrage etwas Schriftliches vorlegen.

Anfrage Frau Gellert, ob bei Streichung von Angeboten durch die Träger auf Grund der Haushaltssituation, die Stadt auch zur vorzeitigen Lösung von Pachtverträgen bereit ist?

Herr Kogge bat darum, konkrete Anfragen hierzu an ihn schriftlich zu reichen. Es gibt unterschiedliche Pachtverträge, so dass eine pauschale Antwort nicht möglich ist. Wenn ihm konkrete Fragen vorliegen, wird er sich hierzu mit seinen zuständigen Kollegen verständigen.

Anfrage von Frau Dr. Brock zum Stand Spielplatz Am Preßlersberg, diese Beschlussvorlage sollte auch im JHA vorliegen.

Frau Brederlow antwortete, dass dies beim zuständigen Bereich anzufragen ist. Es liegt momentan keine Vorlage für den JHA vor und sieht auch nicht so aus, dass noch eine kommen könnte.

Herr Petrick, Kinder- und Jugendbeauftragter, welcher auch in der AG Spielplätze mitarbeitet, teilte mit, dass es hier nochmals Veränderungen gab und dann die Vorlage kommen sollte.

Frau Pohl, Beratendes Mitglied (Stadtelternbeirat) fragte an, ob es eine öffentliche Erklärung zu dem Vorfall in der KITA mit tödlichem Ausgang geben wird, da sehr viele Gerüchte im Umlauf sind, welche beendet werden sollten.

Frau Brederlow antwortete, dass dies eine Angelegenheit der Staatsanwaltschaft ist. Solange die Ermittlungen nicht abgeschlossen sind, wird es keine Erklärung geben.

Anfrage Frau Pohl zu den zeitlich begrenzten Mehraufnahmen in Kindertagesstätten. Welche rechtliche Grundlage gibt es für Sondergenehmigungen? Welche Einrichtungen betrifft dies?

Frau Brederlow sicherte eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

Anfrage Herr Kramer zu dem angedeutetem „Szenarium 2012“, was bedeutet dies für die freien Träger? Gibt es im Januar Abschlagszahlungen, können die freien Träger ab 01.01.12 arbeiten?

Frau Brederlow antwortete, dass das Verfahren ähnlich dem des Jahres 2011 sein wird. Momentan ist die Haushaltsverfügung der Oberbürgermeisterin zu 2012 noch nicht bekannt. Evtl. wird es zu einer 50%igen Auszahlung kommen, immer unter dem Aspekt, dass auch eine Rückzahlung der Mittel erfolgen kann. Es wird, wie bereits im vergangenen Jahr, ein entsprechendes „Warnschreiben“ an die freien Träger hierzu gehen.

Herr Kogge wies darauf hin, dass wir nicht wissen, wie das Landesverwaltungsamt machen wird. Auch wenn der Haushalt eingebracht wird, heißt das nicht, dass dieser beschlossen wird. Er wird diese Frage mit Herrn Geier besprechen, um mit diesem eine Formulierung zu finden, die eine gewisse Rechtssicherheit geben wird. Er muss dies erst mit dem Dezernat Finanzen besprechen. Er möchte auch nicht, dass die freien Träger „in der Luft hängen.“

Anfrage Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., zu den anvisierten Mitteln aus der Jugendpauschale, Familienförderungsgesetz und dem Fachkräfteprogramm, welche Haushaltsmittel stehen hierfür zur Verfügung? Dann kann nur über diese Summe im Dezember prioritär beschlossen werden.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass solange wir in der vorläufigen Haushaltsführung sind, immer ein Bereich komplett gesperrt ist. Sie ist wenig optimistisch, dass es anders wird. Deswegen wurde heute auch dazu offen informiert.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 12 **Anregungen**

Es gab keine Anregungen.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, schloss damit den öffentlichen Teil der Sitzung und stellte die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Hanna Haupt

Ausschussvorsitzende

Uta Kaupke

Protokollführerin